



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich CDU-Fraktion	Drucksachen-Nr.: 22-0325
	Datum: 11.04.2025
	Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	24.04.2025

Fritz-Reuter-Platz

Sachverhalt:

Antrag
der BAbg. Dietrich, Emrich, Wegner und Froh und Fraktion der CDU
des BAbg. Jarchow und Fraktion der SPD

Der Fritz-Reuter-Platz wird aktuell von der TSG Bergedorf als Hockey-Feld genutzt. Gleichzeitig ist die Fläche seit vielen Jahren als A-Fläche (kurzfristig zu entwickeln) im Bergedorfer Wohnungsbauprogramm enthalten. Allerdings mit der aufschiebenden Bedingung, dass eine Ersatzfläche für den Sport in der Umgebung gefunden wird.

Der Hockey-Sport wiederum kann sich auf der Fläche mit einem dringend benötigten, modernen Kunststoffrasenplatz nicht entwickeln, weil keine Planungssicherheit für Investitionen aufgrund der aktuellen Festschreibung als Wohnungsbaufäche gegeben ist.

Dieser gordische Knoten muss mit einer klaren Entscheidung durchbrochen werden. Entweder wird zeitnah ein passendes Grundstück von der Freien und Hansestadt Hamburg für eine Verlagerung des Sportplatzes in Abstimmung mit der TSG Bergedorf gefunden und bedarfsgerecht hergerichtet. Oder der Sportplatz bleibt dauerhaft am aktuellen Standort erhalten und wird durch die TSG Bergedorf so aufgewertet, dass einerseits der Hockeysport in Bergedorf gesichert wird und andererseits auch andere Sportarten darauf stattfinden können.

Für diese Entscheidung der Politik sind vorbereitende Prüfungen erforderlich, insbesondere ist die Frage zu klären, ob es eine realistische und konkrete Ersatzfläche für die TSG Bergedorf und den Hockeysport geben kann. Sollte keine Verlagerung der Sportfläche möglich sein, muss dem Sport durch eine klare Entscheidung für den aktuellen Standort am Fritz-Reuter-Platz Planungssicherheit für die nächsten Jahrzehnte gegeben werden.

In der unmittelbaren Umgebung zum Fritz-Reuter-Platz liegen u. a. das Bethesda Krankenhaus und die Behrmannstiftung. Beide Einrichtungen haben neben dem Sport konkreten Flächenbedarf:

- Das Krankenhaus benötigt
 - o etwa 80 zusätzliche Parkplätze für Angestellte und Besucher
 - o nach Möglichkeit Wohnraum Personal und Azubis
 - o eine Fläche zur Verlagerung der Kita
 - o eine Fläche zur Verlagerung der niedergelassenen Ärzte

- Die Behrmannstiftung benötigt
 - o nach Möglichkeit 30-40 Wohneinheiten für Seniorenwohnen
 - o etwa 40 zusätzliche Parkplätze für Angestellte, Bewohner und Besucher

Insofern ist für den Fall einer Verlagerung des Sportplatzes freier Wohnungsbau auf der Fläche zwar nicht ausgeschlossen, die konkreten o. a. Bedarfe zur Stärkung des Krankenhauses und der Behrmannstiftung aber prioritär abzubilden.

Petition/Beschluss:

- 1) Das Bezirksamt wird um Prüfung gebeten,
 - a. ob in Abstimmung mit der TSG Bergedorf eine geeignete Fläche zeitnah verfügbar ist, auf die der Sportplatz verlagert werden könnte
 - b. wie ggf. ein Neuerwerb einer Sport-Ersatzfläche durch Mittel aus dem Verkauf des Fritz-Reuter-Platzes finanziert werden kann
 - c. in welchem Umfang bei Verbleib des Sportplatzes bzw. Umbau zum Multifunktionsplatz in den Maßen 100m x 60m die sich südlich anschließende freie Fläche entlang der Schulenbrooksbek für eine bauliche Nutzung (z.B. Seniorenwohnungen inkl. Kita oder für ein Mobilityhub) genutzt werden kann.
 - d. ob und wie der Bebauungsplan Bergedorf 8 in den beiden Varianten (Sportplatz bleibt, Sportplatz wird verlagert) geändert werden müsste und jeweils einen Zeithorizont zu allen Varianten zu skizzieren.

- 2) Das Bezirksamt wird gebeten, in Gesprächen mit dem Bethesda Krankenhaus, der Behrmannstiftung und der Bergedorf Bille in der Rolle als Impuls- und Ideengeber möglichst viele der o.g. Bedarfe in den zwei möglichen Optionen (Sportplatz bleibt, Sportplatz wird verlagert) konzeptionell zu skizzieren.
Dabei sind insbesondere auch wechselseitige Kooperationen der o.g. Akteure anzudenken (z.B. Verlagerung der Kita neben den Sportplatz, dafür Mobility auf die Fläche der Kita).

- 3) den Stadtentwicklungsausschuss binnen sechs Monaten über die Ergebnisse zu Ziffer 1 und 2 zu unterrichten und vorab mit Zwischeninformationen auf dem Laufenden zu halten.

Anlage/n:
